Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 1

Artikel: Die nationale Revolution in Deutschland und wir
Autor: Henne, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157686

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die nationale Revolution in Deutschland und wir.

Von **Rolf Henne.**

Nachdem der erste Abschnitt der nationalen Revolution in Deutschland mit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus zum Abschluß gelangt und durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag rechtlich unterbaut worden ist, mag es an der Zeit sein, zu prüfen, in welcher Beziehung die deutschen Ereignisse für die Entwicklung der politischen Verhältnisse von Europa im Allgemeinen und der Schweiz im Besonderen bedeutsam sind. Es kann sich hiebei allerdings nicht um eine abschließende Beurteilung handeln, ganz einfach deshalb nicht, weil der Prozeß selbst, den Deutschland durchmacht, noch keineswegs zum Abschluß gelangt ist. Wir stehen erst am Beginn eines gewaltigen Ein- und Umschmelzungsprozesses, der sich täglich auf neue Lebensgebiete erstreckt und dessen Ende nicht abzusehen ist. Immerhin sind die Grundtendenzen der Entwicklung erkennbar, und es wäre deshalb ein Zeichen übertriebener Zaghaftigkeit, wollten wir uns weiterhin auf die bloße Beobachtung verlegen und nicht wagen, das zu formulieren und in Worte zu fassen, was heute ein großer Teil der schweizerischen Bevölkerung innerlich fühlt, ohne allerdings die Möglichkeit zu besitzen, diesem Gefühl in der offiziellen Presse Ausdruck zu verleihen.

Die nationale Revolution in Deutschland ist aus zweierlei Gründen von größter Bedeutung für Europa. Einmal verkörpert sich in ihr die offene, nach keiner Richtung verklausulierte Absage eines großen, geistig ebenso wie wirtschaftlich hochstehenden Volkes an die Prinzipien der Demokratie, des Liberalismus und des Marxismus. Dies ist ihre innerpolitische Seite, die umso aktueller ist, als sie nicht nur eine deutsche Angelegenheit, sondern gleichzeitig *Ausdruck einer umfassenden europäischen Geistesbewegung* ist. Sodann ist sie eine *nationale* Erhebung, der Protest des deutschen Volkes gegen das ihm durch das *Versailler Diktat* aufgezwungene Schicksal und die leidenschaftliche Willenskundgebung, wieder zu Macht und Würde unter den übrigen Nationen zu gelangen. Dies ist die außenpolitische Seite der deutschen Umwälzung, und sie wird für die internationale Politik der nächsten Jahre von ausschlaggebender Bedeutung sein. Sie kann ebensowenig wie die innerpolitische die Schweiz gleichgültig lassen, da unser Geschick in dasjenige Gesamteuropas verwoben, dieses jedoch untrennbar mit dem Schicksal Deutschlands verknüpft ist. Das Zusammentreffen der innen- und außenpolitischen Wirkungen der deutschen Umwälzung macht dieselbe zu einem europäischen Ereignis ersten Ranges.

Man mag — um zunächst auf die *innerpolitische* Seite einzutreten — versucht sein, darauf hinzuweisen, daß Italien schon 1922 zur Staatsform und Regierungsmethode des *Faschismus* übergegangen sei

und daß seither eine Reihe anderer Staaten, wie Polen, die Türkei, Jugoslavien usw. zu ähnlichen Systemen ihre Zuflucht genommen hätten, ohne dadurch einen nachhaltigen Eindruck auf das übrige Europa auszuüben, um zu beweisen, daß der Nationalsozialismus eine deutsche Privatangelegenheit bleiben und keinen Einfluß auf die innerpolitische Entwicklung in andern Ländern haben werde. Demgegenüber ist zuzugeben, daß verschiedene Diktaturen, die im vergangenen Jahrzehnt errichtet wurden, durchaus von untergeordnetem Interesse waren, handelte es sich doch bei ihnen meist um rein lokale Machtbefestigungen, durch die keine neuen Gedanken allgemein-politischer oder staatstheoretischer Natur in die Diskussion geworfen wurden. Etwas anders liegen die Dinge in Italien. Der Faschismus schlug nicht nur praktisch durchaus neue und originelle Wege beim Aufbau des Staates ein, sondern er brachte auch eine Theorie hervor, die in Europa mehr und mehr Verbreitung findet. Wenn der italienische Faschismus nicht entscheidend das politische Denken der übrigen europäischen Staaten beeinflussen konnte, so lag dies einerseits daran, daß die innerpolitische Entwicklung in diesen Staaten noch nicht weit genug vorangeschritten war, um für die faschistischen Gedanken einen fruchtbaren Nährboden abzugeben, und andererseits daran, daß die italienische Doktrin sich im Wesentlichen mit der konkreten italienischen Wirklichkeit befaßte und ihr das Pathos des Allgemein-Weltanschaulichen abging.

In Deutschland ist die Situation eine grundsätzlich andere. Allerdings besitzt der Nationalsozialismus, der heute organisatorisch und machtmäßig betrachtet absolut über Deutschland herrscht, noch keine eigene Staatslehre, wenn auch einzelne Ansatzpunkte dazu vorhanden sind. Noch ist das Ganze mehr wogendes Gefühl und bestimmt gerichtete Staatsgesinnung als klar erkannte und begrifflich genau formulierte Erkenntnis der künftigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Allein abgesehen davon, daß der Nationalsozialismus sich über kurz oder lang eine Staatslehre schaffen wird, ist zu bedenken, daß er nicht isoliert dasteht. Ihn unterstützen eine gewaltige Schaar geistiger Hilfskräfte, die zwar nicht direkt zur Partei gezählt werden können, aber doch mit ihr zusammen in jener breiten Front stehen, welche den Angriff gegen Liberalismus und Marxismus vorträgt, und an der Fundierung der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung mitarbeiten wird. Der Vizekanzler von Papen und sein Kreis gehören ebenso hieher wie die „Schwarze Front", der „Tat"-Kreis ebenso wie die Jungkonservativen. Alle diese Kräfte können, wenn schon eine Generalbezeichnung gefunden werden soll, am besten unter dem Sammelbegriff „Konservative Revolutionäre" zusammengefaßt werden. Aus der Ferne betrachtet gehören sie und der Nationalsozialismus sowie eine beinahe unabsehbare Zahl kleiner und kleinster geistiger Kreise in jene umfassende Front hinein, die Moeller van den Bruck*) in seinem

*) Man vergleiche Moeller van den Bruck's Aufsatz „Die konservative Umkehr" in der Dezembernummer 1922 der „Schweizer Monatshefte".

„Dritten Reich" vor zehn Jahren mit prophetischem Blick voraussah. Noch liegen einzelne Gruppen im Kampf miteinander, noch marschieren andere mit ziemlichem Abstand voneinander, aber die Marschrichtung ist dieselbe. In den kommenden Jahren wird das, was heute noch mehr gefühlt als verstanden, mehr geahnt als deutlich gesehen wird, auch begrifflich formuliert werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Herausarbeitung einer nationalsozialistischen, organischen, antiliberalen Staatslehre in Deutschland und ihre Umsetzung in die Wirklichkeit eines 60 Millionen-Volkes von größter Bedeutung für das staatspolitische Denken in Europa ist. Deutschland ist eines der großen geistigen Kraftzentren unseres Erdteils. Wenn von ihm nicht nur in der Praxis des politischen Alltags, sondern auch mit dem schweren Geschütz staatstheoretischer und weltanschaulicher Fundierung der Angriff gegen Liberalismus und Marxismus und für eine organische Staats- und Gesellschaftsauffassung vorgetragen wird, so kann die Rückwirkung im übrigen Europa nicht ausbleiben. Dies ist schon deshalb mit Sicherheit vorauszusehen, weil bereits in einer Reihe europäischer Staaten gleichartige Bewegungen am Werke sind. Allerdings liegen sie meist noch unter der Oberfläche verborgen, aber ihr bloßes Dasein zeigt, daß der Boden günstig und daß das Bedürfnis nach Überwindung des Alten und Schaffung von Neuem vorhanden ist. England, das klassische Land des Parlamentarismus, besitzt eine faschistische Partei. In Spanien macht der Faschismus von sich reden. Und selbst im republikanischen Frankreich ist eine kräftige, vorläufig organisatorisch allerdings noch nicht in Erscheinung tretende faschistische Tendenz spürbar. Es handelt sich bei allen diesen Erscheinungen um Teile einer gesamteuropäischen Bewegung, die letzten Endes eine Gegenbewegung gegen die das letzte Jahrhundert beherrschenden Ideen der französischen Revolution bedeutet.

Die Front des Liberalismus ist in Deutschland endgültig aufgerollt worden. In den Jahren 1919—1932 holte Deutschland gewissermaßen die Entwicklung eines ganzen Jahrhunderts nach. Alle Peripetien der liberalen Demokratie sind bei ihm in diesen Zeitraum zusammengedrängt, an dessen Ende das vollständige Scheitern der Staatsform steht. Sie ist ebensosehr an ihrer Substanzlosigkeit, an ihrem Unvermögen, dem Ansturm des Bolschewismus eine positive Idee entgegenzusetzen, wie an ihrer Unfähigkeit, einen großen Staatsmann hervorzubringen, gescheitert. Deutschland wird kaum je wieder zur parlamentarischen Demokratie zurückkehren. Eine bolschewistische Diktatur liegt bei weitem mehr im Bereich der Möglichkeit, da alle farblosen „liberalen" Zwischenlösungen in einer Zeit, wo es um letzte Entscheidungen geht, undenkbar sind. Natürlich bedeutet Abkehr von der liberalen Parlamentsdemokratie keineswegs Abkehr von der Idee des Volksstaates. Wenn von gewisser Seite immer wieder der liberale Parteien- und Parlamentsstaat mit der

Idee des Volksstaates schlechthin gleichgesetzt wird, so ist dies nichts anderes als eine Unterschiebung! Durch würdelos feilschende Parteien und endlos schwatzende Parlamente wird der Staat dem Volk nicht näher gebracht, sondern entfremdet. Gerade die kraftvolle und autoritäre Regierung ist unter Umständen viel enger mit dem Volke verbunden als die mechanisch gewählte, uneinheitlich zusammengesetzte und handlungsunfähige. Die Ereignisse in Deutschland und Italien beweisen dies mit größter Deutlichkeit. Die liberale Demokratie ist letzten Endes immer der Spielball der großen Kapitalinteressen. Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten so sehr an diese Tatsache gewöhnt, daß wir sie kaum noch als absonderlich empfinden und geradezu erstaunt sind, wenn heute von Deutschland her mit größter Entschiedenheit der Grundsatz, daß der Politik das Primat zukomme und die Wirtschaft sich ihr unbedingt unterzuordnen habe, zum Ausdruck gebracht wird. Der liberale Parteienstaat ist weitgehend identisch mit Plutokratie, und die Forderung nach Überwindung des Liberalismus ist daher gleichzeitig die Forderung nach Überwindung der skrupellosen Geld- und Profitherrschaft.

Diese Dinge sind mit Bezug auf Deutschland gesagt worden. Allein, wer wollte bestreiten, daß nicht auch in der Schweiz die Frage ins Rollen kommt? Von den herrschenden Kreisen wird allerdings immer wieder — in letzter Zeit sogar verdächtig oft — mit dem Brustton der Überzeugung behauptet, daß unsere politischen Einrichtungen schlechterdings unantastbar seien. Dieser Behauptung, die ebenso unberechtigt wie kurzsichtig ist, gilt es mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten! Es wird auch in der Schweiz ein weitgehender Umbau des Staates eintreten müssen, wenn nicht unser Volk in der alten Form ersticken oder der ganze Organismus eines Tages endgültig auseinanderbrechen soll. Die großen Umrisse des neuen Gebäudes sind bereits sichtbar. Niemals kann es sich dabei um kritiklose Übernahme ausländischer Vorbilder handeln. Daß jedoch eine gewisse Beeinflussung durch die Gestaltung der Dinge in andern Ländern, sobald sie dort feste Gestalt annehmen, eintreten wird, ist durchaus natürlich. Wir trauen aber der gesunden Kraft unseres Volkstums die Fähigkeit zu, aus sich heraus den neuen Staat zu schaffen, jenen Staat, welcher zugleich auf den geschichtlichen Begebenheiten aufbaut, unserem Volkscharakter entspricht und den Weg in die Zukunft eröffnet.

Erfahren die zur Entfaltung drängenden Kräfte antiliberalen Charakters durch die Vorgänge in Deutschland einen kräftigen Antrieb, so ist von nicht minderer, ja geradezu historischer Bedeutung die Überwindung des Marxismus durch den Nationalsozialismus. Durch seine Niederlage in Deutschland ist der gesamte Marxismus und der mit ihm untrennbar verbundene historische Materialismus entscheidend aufs Haupt geschlagen worden. Es ist freilich nicht zu bestreiten, daß diese, die Völker Europas zersetzende Lehre bereits seit längerer Zeit innerlich überwunden

war. Allein die katastrophale, weithin sichtbare äußere Niederlage, die sie jetzt erlitten hat, wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Es war, als ob ein morsches und innerlich längst ausgehöhltes Gebäude lautlos in sich selbst zusammenstürze. An keinem einzigen Punkte gelang es, auch nur einen Funken Widerstand anzufachen. Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die kommunistische Partei brachen wie Zunder auseinander.

Die Niederwerfung des Marxismus in Deutschland ist deshalb von ganz besonderer Bedeutung, weil gerade Deutschland das Ursprungsland der marxistischen Lehre war. Von ihm aus nahm sie ihren Lauf durch die Länder, von ihm aus wurde sie immer und immer wieder praktisch und theoretisch propagiert. Rußland, das andere Kräftereservoir des Marxismus, ist vorwiegend mit sich selbst beschäftigt, sodaß von ihm aus in den nächsten Jahren kein entscheidender Impuls für die Ausbreitung der Weltrevolution erfolgen wird. Bereits hat es sich auf den Boden der Tatsachen gestellt und durch seinen Botschafter in Berlin erklären lassen, daß es in gutem Einvernehmen mit dem neuen Deutschland zu leben wünsche. Da in den andern Ländern Europas, insbesondere in Frankreich und England, der Marxismus nie derart Fuß zu fassen vermochte wie in Deutschland, ist er durch seine jetzige Niederlage in seinem Lebensnerv getroffen.

Es wäre nun freilich nichts unrichtiger, als annehmen zu wollen, daß durch die Überwindung des Marxismus die soziale Frage gelöst sei. Sie hängt nach wie vor drohend über den Völkern Europas. Selbstverständlich weiß die deutsche Regierung, daß sie nicht mit Diktaturparagraphen gelöst werden kann. Es ist jedoch gerade ein Hauptprogrammpunkt der in Deutschland zur Herrschaft gelangten politischen Richtung, daß sie den Stier bei den Hörnern packen und durch großzügige Maßnahmen die soziale Frage einer Lösung entgegenführen will. Deutschland ist das führende Industrieland Europas, das alle Schwierigkeiten des Industriestaates bis zur Neige durchgekostet hat. Gelingt es ihm, seine Arbeitslosenarmee wieder zu beschäftigen, die Gewerkschaften in den Staat einzubauen, die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen und den letzteren zum bewußten Mitschöpfer der Wirtschaft zu machen, kurzum, die Klassenkampflage des Arbeiters von innen heraus zu überwinden, so wäre dies ein Ereignis von unabsehbarer Tragweite. Der Arbeiter will keinen Klassenkampf; aber der rote Funktionär lebt von ihm. Der Arbeiter will seinen Lohn, sein menschenwürdiges Auskommen und eine Stellung innerhalb der Wirtschaft, die ihm erlaubt, sich als verantwortliches, unentbehrliches Rad im ungeheuren Getriebe des Ganzen zu fühlen. Noch sind die Maßnahmen der deutschen Regierung nicht im Einzelnen bekannt, aber der Weg ist vorgezeichnet: er führt zu einer Überwindung des gemeinschaftszerstörenden Klassenkampfes von innen heraus, und wenn hiebei die neuen Männer eine glückliche Hand zeigen und Lösungen herbeiführen, die das graue

Gespenst der klassenmäßigen Aufspaltung des Volkes verscheuchen, dann ist damit etwas getan, dessen Wirkungen nicht auf Deutschland allein beschränkt bleiben werden.

Im Folgenden sollen die außenpolitischen Fragen geprüft werden, welche der Umsturz in Deutschland aufwirft. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die tiefste Wurzel der nationalsozialistischen Bewegung auf außenpolitischem Gebiet zu suchen ist. Der Nationalsozialismus nennt sich die deutsche Freiheitsbewegung. Sein oberstes und letztes Ziel ist die Wiedererringung der deutschen Machtstellung in der Welt, der Kampf somit gegen die Ketten des Friedens von Versailles. Diesem Endziel sind in letzter Linie alle vom Nationalsozialismus verfochtenen Ideen untergeordnet: die völkische Erneuerung ebenso wie der Ruf nach straffer Staatsführung, der Kampf gegen den Marxismus ebenso wie die Forderung des deutschen Sozialismus. Will das deutsche Volk nach außen wieder zu ehrenvoller Geltung kommen, so bedarf es größter Einigkeit und Geschlossenheit im Innern, herbeigeführt durch eine neue Staatsidee: das ist der Grundgedanke des Nationalsozialismus, der Brennpunkt, auf den alle seine Taten sich konzentrieren. Letzten Endes ist es fanatischer und mit elementarer Gewalt hervorbrechender Selbsterhaltungstrieb.

Mit dieser Kennzeichnung der tiefsten Wurzeln der nationalsozialistischen Bewegung ist gleichzeitig gesagt, wo ihr Ansatz- und Entstehungspunkt liegt: in Versailles. Am allerwenigsten haben diejenigen Völker ein Recht zur moralischen Verurteilung der innerpolitischen Auswirkungen der deutschen Umwälzung, welche für den Gewaltfrieden von 1919 verantwortlich sind. Sie legten, als sie Deutschland den Schuh auf den Nacken setzten und es ehrlos machten, den Keim zum Wachstum und Aufbruch der Gegenkräfte, die sich im deutschen Volke ansammelten.

Es ist gesagt worden, daß die Errichtung der nationalen Regierung in Deutschland den Krieg bedeute. Sie muß nicht Krieg bedeuten, sie kann es vorläufig auch nicht; aber darüber sollte kein Zweifel bestehen, daß es früher oder später zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen muß, wenn sich eine gütliche Revision des Versailler Vertrages als unmöglich herausstellt. Die deutsche Erhebung, die sich vor unseren Augen vollzogen hat und noch vollzieht, hat jedenfalls das Eine allen Völkern Europas zum Bewußtsein gebracht, daß der Traum der ewigen Darniederhaltung Deutschlands unter dem Diktat der Sieger ausgeträumt ist. Deutschland ist erwacht. Es gilt nunmehr, von allen Seiten nüchtern an die Revisionsfrage heranzutreten, ehe es zu spät ist. Sie kann ohne Krieg gelöst werden, wenn die hauptbeteiligten Mächte sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Verhängnisvoll allerdings wäre es, wenn weiterhin aus eigensüchtigen Gründen die Revision verhindert würde. Dann wäre der Krieg unvermeidbar. Ein neuer Krieg aber vom Ausmaß des Weltkrieges würde das Ende Europas bedeuten.

Die Schweiz kann ein Wiedererstarken Deutschlands nur begrüßen. Gerade in diesen Heften ist von jeher die These verfochten worden, daß das Optimum der außenpolitischen Lage für die Schweiz dann vorhanden sei, wenn zwischen den Großmächten, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich der Zustand des Gleichgewichts herrsche. Dieser Gleichgewichtszustand ist seit 1919 gestört, und bereits haben sich denn auch ungünstige Auswirkungen auf unser Land bemerkbar gemacht. Es ist bezeichnend, daß gerade jene Presse und jene politischen Richtungen in der Schweiz, die bewußt oder unbewußt einseitig nach Westen orientiert sind, die deutsche Erhebung zu bagatellisieren suchen oder gar der Hoffnung frönen, daß das ganze nur ein vorübergehender Spuk sei. Diese Kreise fühlen instinktiv, daß es heute in Deutschland um mehr als nur eine neue Staatsverfassung, daß es vielmehr um das Wiedererstarken des Reiches geht. Weil wir der Überzeugung sind, daß sich der Gleichgewichtszustand zwischen den beiden Schicksalsmächten in Europa für die Schweiz politisch nur günstig auswirkt, begrüßen wir den deutschen Umschwung als einen ersten Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel.

Damit schneiden wir eine letzte Frage an, die in den Kreis dieser Betrachtungen gehört. Es gibt Kreise — und sie sind leider auch in der Schweiz vorhanden —, die, weil sie allem Ungewöhnlichen, Starken, Erregenden abhold sind und einen andern als den goldenen Mittelweg zu gehen die innere Spannkraft nicht besitzen, in erschütternder Kurzsichtigkeit den geheimen Wunsch hegen, daß die nationale Revolution in Deutschland versagen und die Erhebung wieder in sich zusammenfallen werde. Ihnen muß die Frage vorgehalten werden: Was geschieht, wenn es Deutschland nicht gelingt, eine neue Staatsform zu schaffen und über die an der Wurzel seines Volkes nagende Krise Herr zu werden? Was kommt nach der Regierung der nationalen Revolution? Es ist nichts anderes als Auflösung, Bolschewismus und Chaos. Das gerade gibt den gegenwärtigen Vorgängen ihren furchtbaren Ernst, daß es tatsächlich ums Ganze, um Sein oder Nicht-Sein geht. Sollte Deutschland durch das Versagen der nationalen Revolution dem allgemeinen Chaos anheimfallen, so wäre dies eine Katastrophe, die nicht nur Deutschland anginge. Schwerlich bliebe dann die Flamme der Zerstörung auf dieses Land beschränkt. Wie eine unheilbare Krankheit würde sie im Körper Europas um sich fressen und nicht eher ruhen, als bis überall das Unterste zu oberst gekehrt wäre. Wenn aber am Schluß die rote Fahne der proletarischen Diktatur hochgezogen würde, so geschähe es auf den Trümmern eines ausgebluteten, erschöpften und kraftlosen Erdteils, der dem Zugriff von außen keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermöchte. Es muß endlich einmal mit aller Entschiedenheit auf diese sehr realen Folgen eines bolschewistischen Umsturzes hingewiesen werden, die von den marxistischen Ideologen überhaupt nicht gesehen werden. Was nützt schließlich die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wenn die ganze Gesell-

schaft unter das Diktat der Fremdherrschaft fällt? Man lasse doch endlich ab von der Phantasie einer Weltrevolution, nach deren Vollzug kein Volk mehr das andere ausbeute! Wir sollten nach allem, was in den vergangenen zwanzig Jahren vorgefallen ist, hell genug geworden sein, um dieses Ammenmärchen als solches zu erkennen und einzusehen, daß die ewigen Grundtatsachen aller Politik nicht Parteiprogramme und ökonomische Theorien, sondern Blut und Boden sind.

Es ist kürzlich gemeldet worden, daß Japan im letzten Jahr 400,000 elektrische Glühlampen nach Österreich eingeführt habe und daß Eisenerz aus der Mandschurei trotz des weiten Transportweges in Deutschland um 10 % billiger verkauft werde als solches, das in Deutschland selbst gewonnen wird. Derartige Nachrichten, die sich zu Dutzenden vermehren ließen, werfen blitzartig ein Licht auf die europäische Situation. Europa ist nicht nur in seiner weltwirtschaftlichen Stellung aufs schwerste bedroht: es ist bereits endgültig vom Throne der Weltbeherrscherin verstoßen. Ein weiteres, rapides Versinken im Abgrund kann nur noch dadurch aufgehalten werden, daß in zwölfter Stunde seine Völker zur Besinnung kommen und einschneidende Maßnahmen zur Verteidigung treffen. Franzosen, Deutsche, Engländer, Italiener, Schweizer und alle andern, sie bilden eine Schicksalsgemeinschaft, ob sie es wollen oder nicht. Es gilt, jetzt endlich darnach zu handeln! Die liberal-demokratischen und parlamentarischen Regierungssysteme bieten, wie dies die Zeit seit dem Weltkrieg zum Überdruß gezeigt hat, keine Gewähr dafür, daß das Notwendige getan wird. Allzusehr sind bei ihnen die Regierungen abhängig von unkontrollierbaren Masseninstinkten, von international-kapitalistischen Kräften, deren oberste Interessen in erster Linie egoistischer Natur sind, und von politischen Strömungen, deren wirklichkeitsfremde und verbohrte Klassenideologie eine vernünftige Willensbildung vereitelt. Autoritäre, von weitsichtigen und verantwortungsbewußten Männern geführte Regierungen sind — der Hinweis auf Italien genügt zum Beweise dafür — im Stande, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln. Daß aber das Notwendige getan werde, darauf kommt es heute an!

Aus dieser Erkenntnis heraus ist der deutsche Umschwung ein Lichtblick. Möchten bald auch andere Staaten Europas jene innerpolitischen Voraussetzungen schaffen, die den Weg in die Zukunft eröffnen, jenen Weg, der in unser aller Interesse eingeschlagen werden muß.